

Herborner Tageblatt.

Herborner Anzeiger.

Amtsblatt der Stadt Herborn.

Herborner Zeitung.

Erscheint an jedem Werktag.
Bezugspreis: Monatlich 3.10 Mk. ohne Bringerlohn.
Nr. 306.

Druck und Verlag:
S. M. Beck'sche Buch- und Kunstdruckerei, Herborn.
Herborn, Donnerstag, den 30. Dezember 1920.

Inserate: Die mm-Seite 25 Pfg.
Fernruf 20. — Postfachkonto: Frankfurt/M. No. 17518.
77. Jahrgang.

Abrüstung oder Wettrüstungen?

In wenigen Tagen wird die deutsche Regierung der Entente melden können, daß ihr Heer auf 100 000 Mann herabgesetzt und damit also eine der wesentlichen Vertragsbedingungen von Versailles bis auf den letzten Punkt erfüllt worden ist. Trotzdem geht in Frankreich auch jetzt noch immer die Furcht vor dem deutschen Militarismus um. Natürlich nicht als eine von ernstesten Bedenken ernsthaft empfundene Gefahr, sondern als Schreckmittel für kleine Kinder. Für kleine Kinder vor allem in Deutschland, wo auch heute noch jedes französische Stirnrunzeln in manchen Kreisen mit allen Zeichen des Schreckens aufgenommen wird. Und prompt setzt dann auch der Druck auf die eigene Regierung ein, daß sie nur ja unverzüglich und ohne alles Zieren und Sträuben die Pariser Beschlüsse als unbedingt maßgeblicher Richtschnur ihres Handelns entgegennehme, damit die Welt sich nun endlich einmal von der wahrhaftigen Friedfertigkeit unserer Bestimmung überzeugen könne! So ist es, wirklich und wahrhaftig.

Unter den Siegerstaaten aber geht inzwischen das Wett-rüsten munter weiter, als müßte sie sich morgen schon auf einen neuen Weltkrieg gefaßt machen. Noch ist der leidenschaftliche Widerspruch in freundlicher Erinnerung, den die französischen Völkerbundsdelegierten in Genf dagegen erhoben, daß auch nur eine in ganz unvorstellbarer Weise form gelleidete Bitte um Abrüstung den hohen Regierungen dahinein aus der Schweiz mitgebracht werde. So weit sei man noch lange nicht, dazu herrsche noch viel zu viel Unruhe in der Welt. Und daß kein Staat, der etwas auf sich hält, aus freien Stücken oder auf gutes Zureden hin seine Waffen niederlegen kann, solange die guten und getreuen Nachbarn nicht das Gleiche tun, das ist heute, wo Deutschland nicht mehr in Frage kommt, ein völlig unbestrittener Glaubenssatz geworden. Ja, mehr als das: um nur ja für kommende Entscheidungen gerüstet zu sein, werden die weittragendsten Entschlüsse gefaßt, damit man, wenn etwa in absehbarer Zeit doch einmal unannehme Bedingungen vom Völkerbund befohlen werden sollten, mittierweile vollendete Tatsachen geschaffen hat, an denen sich nicht mehr rütteln läßt. So vor allem auf dem Gebiete des Flottenbaus. England, die Vereinigten Staaten und Japan befinden sich hier bereits mitten drin in einer Kampagne des Wettrüstens, die alles, was sich vorher zwischen uns und England abgespielt hat, weit in den Schatten stellt. Dabei bleiben Japan und Amerika offensichtlich bemüht, ihre Spezialinteressen, um bezweifellos vielleicht einmal ein Waffenpaar zwischen ihnen in Frage kommen könnte, durch diplomatische Verhandlungen auszugleichen. Was immerhin, trotz der besonderen Empfindlichkeit der Japaner in allen Meeresfragen, aussichtslos erscheint, weil auf deren Seite ja kein Streben nach Weltbeherrschung im Spiel ist, sondern lediglich der Wunsch nach Sicherung seiner Interessensphären im Fernen Osten. England gegenüber, dem Meere und Länder beherrschenden, haben die Vereinigten Staaten aber Gegenläufe auszuwickeln, die mit jedem Tage schwerer ins Gewicht fallen, die gerade nach der Streichung Deutschlands aus der Zahl der Großmächte nahezu unverhältnißmäßig geworden sind. Schon hat Lloyd Gedränge, gewohnt der Rage die Schelle anzuhängen, öffentlich im Unterhause gefragt, wohin das Wett-rüsten führen soll, und von jenseits des Großen Wassers hat es an entsprechenden Antworten nicht gefehlt. Viel bemerkt wurde insbesondere die Erwiderung des Senators Borah, eines abgesetzten Völkerbundgegners, der dem britischen Ministerpräsidenten in Erinnerung brachte, daß der Eintritt Amerikas in den Völkerbund endgültig abgelehnt sei, daß also, wenn Lloyd George von ihm den Beginn der Abrüstung abhängig mache, diese ganze Frage als abgelehnt gelten müsse. Der geradezu kläglich schiffbrüch der Genfer Konferenz sei doch nicht mehr zu leugnen; wenn die Abrüstung trotzdem einmal kommen sollte, so werde dies im Widerspruch mit den Grundgedanken geschehen, auf denen der Bund aufgebaut sei.

Das klingt fast wie eine Kampfanzeige an England; eine friedliche Selbstverständlichkeit. Hätte man sie aber mit anderen Randgebungen von drüben, vor allem aber mit den Tatsachen zusammen, die sich vor den Augen der ganzen Welt vollziehen, so wird man die deutliche Anstöße der Siegerstaaten, mit der Abrüstung heute schon oder auch erst morgen ernstlich zu beginnen, vollkommen begrifflich finden. Nun, vorher sind noch einige „Kleinigkeiten“ in der Welt zu bereinigen. Und es steht, einwilligen wenigstens, nicht danach aus, als sollte das ausschließlich mit rein militärischen Mitteln geschehen.

Wehrlosmachung unserer Ostgrenze.

Festungen ohne Geschütze.

Die Entente hat einen neuen Versuch gemacht, unsere militärische Ohnmacht noch über den Vertrag von Versailles hinaus zu vergrößern, indem sie den wenigen uns belassenen Festungen auch noch die Geschütze größtenteils nehmen will. Dagegen wendet sich die Reichsregierung in einer Note, in der es heißt:

Nach dem Vertrag soll Deutschland das System der befestigten Werke an seiner Süd- und Ostgrenze in dem Zustand vom 10. Januar 1920 und mit den Geschützen, die an diesem Tage die Bestückung bildeten, behalten dürfen. Nach der Entscheidung der Kontrollkommission sollen aber von den vierzehn Festungen an der Süd- und Ostgrenze Deutschlands elf ihrer Geschütze beraubt und damit tatsächlich aus der Reihe der Festungen gestrichelt werden. Von den übrigen drei festen Plätzen wird nur für Swinemünde die beantragte Zahl von Geschützen zugelassen. Für Pillau werden statt 75 nur 35 Kanonen bewilligt, und Königsberg soll nur etwa zwanzig Geschütze behalten. Königsberg ist die größte und wichtigste von allen Festungen. Es liegt auf der Hand,

daß sie mit einer so geringen Geschützausrüstung wehrlos sein würde.

Die deutsche Note betont, daß das gegen den Vertrag von Versailles verstoße, denn von dem System der Befestigungswerke, das Deutschland doch zu seinem Schutz gegen einen bewaffneten Einfall behalten sollte, bleibt danach an der Südgrenze nichts, an der Ostgrenze nur ein gänzlich unzureichender Rest übrig. Der deutschen Regierung steht kein Weg mehr zu Gebote, ihr Recht zur Geltung zu bringen. Sie muß sich der Entscheidung der Alliierten beugen, leal aber gegen die Verletzung des Vertrages nachdrücklich Verwahrung ein.

Die russische Gefahr.

Weiter heißt es in der deutschen Note: „Die immer bedrohlicher lautenden Nachrichten von Rüstungen der Sowjetrepublik und von der Zusammenziehung russischer Truppen gegenüber der deutschen Ostgrenze zwingen dazu, die Gefahr eines Wiederaufflammens des russisch-polnischen Krieges und einer Bedrohung der deutschen Grenzgebiete nicht außer acht zu lassen. Wenn in diesem Augenblicke die dort liegenden festen Plätze sämtlich aller Verteidigungsmittel beraubt würden, so schwände die letzte Möglichkeit, einem eindringenden Gegner Widerstand zu leisten. Die Deutsche Regierung bittet daher die Alliierten Regierungen, nicht darauf zu bestehen, daß Königsberg und Rastlin sowie die Feste Bogen, die als vorgeschobener Posten dem ersten Ansturm des Gegners Stand zu halten haben würde, sofort entwaflnet werden. Sie bittet, ihr dafür bis zur Klärung der Verhältnisse im Osten Aufschub zu gewähren. In Königsberg handelt es sich im ganzen um 300 Geschütze, darunter 208 schwere, in Rastlin um 168 Geschütze, darunter 108 schwere, in Bogen um etwa 20 Feldgeschütze. Ein Vergleich mit ähnlich wichtigen Festungen anderer Länder wird bestätigen, daß diese Bestückung außerordentlich gering ist. Sie stellt das Mindestmaß dessen dar, was erforderlich ist, um an eine Verteidigung überhaupt denken zu können. Es darf darauf hingewiesen werden, daß die deutschen Truppen seinerzeit in Romno 857 Geschütze, in Warschau rund 1100 und in Klaubeuge 412 Geschütze vorgefunden haben.“

Neue Vergewaltigung der Rheinlande.

Frankreich macht sich die Strompolizei an.

Der Vorsitzende der Ernteschiffahrtskommission in Köln, der französische Oberst Dumont, hat gewaltsam die Polizeiboote der Rheinstrombauverwaltung beschlagnahmt und gleichzeitig erklärt, daß die Polizei zu Lande und zu Wasser nur noch von französischen Offizieren gehandhabt würde.

Nach weiteren Nachrichten ist es anscheinend inzwischen dem französischen Einfluß gelungen, die Internationalisierte Schiffahrtskommission zu Geschäften zu veranlassen, die auf die Übernahme der gesamten Polizeigewalt auf dem Rhein innerhalb sämtlicher vier Besatzungsbezirke durch die alliierten Militärbehörden abzielen.

Wie dazu in Berlin erklärt wird, sind von den deutschen amtlichen Stellen alsbald nach dem Bekanntwerden der gegnerischen Absichten, die bezweckten, Deutschland den letzten Rest seiner schon durch den Vertrag von Versailles auf das äußerste eingeschränkten Hoheitsrechte auf dem deutschen Rheinstrom zu rauben, energische Schritte unternommen worden, um eine Zurücknahme der getroffenen Anordnungen zu erreichen und weiteren Maßnahmen ähnlicher Art vorzubeugen. Insbesondere wird auch darauf gerechnet werden können, daß den beteiligten Beamten der Rheinstrombauverwaltung gegenüber etwaigen Willkürakten der Besatzungsbehörden ein wirksamer Schutz zuteil werden wird.

Spannung zwischen Rumänien u. Rußland.

Die Volkswirtschaft beanspruchen Befahrbar.

Der Notenwechsel zwischen Bukarest und Moskau dauert an. Auch die Sowjetregierung der Ukraine sandte eine Note. In ihren letzten Noten protestieren beide Sowjetregierungen gegen die Vereingung Befahrbar mit Rumänien und verlangen, daß die rumänischen Truppen das Land räumen. Gleichzeitig geben sie dem Wünsche Ausdruck, die Friedensverhandlungen fortzusetzen. Die rumänische Regierung erwiderte, daß die befahrbarische Frage endgültig erledigt sei durch das in Paris unterzeichnete Abkommen zwischen Rumänien und den Alliierten. Um aber das Verhältnis mit Rußland zu regeln, ist Rumänien bereit, zu verhandeln, und bittet Tschiikow, die besonders in Betracht kommenden Punkte anzugeben. Eine Erwiderung ist bis jetzt nicht erfolgt, doch ist die Konzentrierung von Truppen am Dnepr die Antwort der Volkswirtschaft. Inzwischen hat der Ministerpräsident Averescu Maßnahmen gegen einen bolschewistischen Angriff geplant. Die Disziplin der rumänischen Truppen ist ausgezeichnet und die Bewaffnung genügend. In Rumänien ist man allgemein der Ansicht, daß ein bolschewistischer Angriff durch Galizien gegen Ungarn folgen werde. Bei einem Angriff der Volkswirtschaft auf Polen wird Rumänien kaum neutral bleiben können.

Die Beamtenbewegung.

Vorauszahlung der Gehälter.

Die Vermutungen über weitere Maßnahmen der Regierung angesichts der Kollage der Beamten haben sich bestätigt.

Die Reichsfinanzverwaltung hat Anordnung getroffen, daß die nächste Gehaltszahlung an die Beamten nicht erst Anfang Februar, sondern bereits vom 20. Januar ab erfolgt, damit nicht mehr als etwa ein Monat seit der vor Weihnachten erfolgten Zahlung des Januargehalts verstreichen ist.

Wegen der von den Organisationen der Reichsbeamten

und Reichsarbeiter gestellten neuen Forderungen soll unverzüglich nach Neujahr im Reichsfinanzministerium vor Eintritt in Verhandlungen eine Aussprache über die Gesamtsituation mit Vertretern der beteiligten Kreise stattfinden.

Die Wünsche der Eisenbahner.

Bei den Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem deutschen Beamtenbund erklärte sich das Finanzministerium bereit, die Forderungen und Wünsche der Eisenbahner dem Reichsgutachterausschuß zu überweisen, in dem Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Beamtenbundes und des Deutschen Gewerkschaftsbundes sitzen. Der Reichsgutachterausschuß wird voraussichtlich am 8. oder 4. Januar in Berlin zusammenzutreten und das gesamte vorliegende Material prüfen. Im Reichsgutachterausschuß werden jedoch nur alle die Eisenbahnbeamten angehenden Fragen erörtert werden. Durch das Entgegenkommen des Reichsfinanzministeriums hat die in den letzten Tagen zugespitzte Lage zweifellos eine Entspannung erfahren. Man nimmt allgemein an, daß schließlich ein Ausweg aus der kritischen Lage gefunden wird. Der von den Eisenbahnerorganisationen eingesetzte Sechszehnerausschuß nimmt unterdessen scharf Stellung gegen den Groenicher Streik und sagt, es handele sich nicht mehr um die Frage, ob die Eisenbahner das Recht zum Streik, sondern ob sie und ihre Familien noch die Mittel zum Leben haben.

Der bayerische Beamtenbund schreibt in seinem Gewerkschaftsorgan: Es müsse mit allen Mitteln die Durchsetzung der Wünsche auf Erhöhung der Teuerungszulagen verurteilt werden, ohne daß man aber an den Streik denke. Der bayerische Beamtenbund lehne daher die Aufrufe zum Streik ab.

Der Kampf um Fiume.

Schwere Verluste auf beiden Seiten.

Der Bürgermeister von Fiume schlug einen Waffenstillstand vor; die dabei aufgestellten Grundlagen sind folgende: Aufhören der Feindseligkeiten, Rückzug der Legionäre von den Inseln Arbe und Veglia, Rückzug der regulären Truppen bis hinter die alte jugoslawische Grenze, Auslieferung der Schiffe an die italienische Regierung ohne Kanonen und Munition, Regulierung der Position der Mannschaften und Legionäre nach den Vorschlägen der Regiererschaft. Die Kämpfe dauerten aber fort. Die Artillerie der italienischen Flotte richtet ihr Feuer auf die Hauptstellungen der Legionäre. Diese versperren die Straßen mit den Möbeln der Einwohner und schleuen aus zahlreichen Maschinengewehren aus Fenstern und von Dächern auf die angreifenden königlichen Truppen. Sie verloren bisher 4 Panzerautomobile und verfügen noch über 24 und viele Munition und Handgranaten.

Wie der „Secolo“ berichtet, wurden bis gestern früh etwa 150 italienische verwundete Offiziere ins Lazarett nach Triest gebracht, darunter ein Oberleutnant der Karabinieri und ein Oberst der Alpenjäger; beide liegen im Sterben. 800 in Zara gefangene Legionäre wurden nach Ancona gebracht, wo ihnen die Bevölkerung laut „Popolo d'Italia“ eine Ovation darbrachte.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

➤ In Erfüllung des Versailler Vertrages. Laut Mitteilung der Reparationskommission sind im November 1701 092 Kilogramm Farbstoffe und 8217 Kilogramm pharmazeutische Produkte von Deutschland geliefert worden. Bis zum 30. November wurden insgesamt 9 679 104 Kilogramm Farbstoffe und 36 701 Kilogramm pharmazeutische Produkte abgeliefert. Am 24. Oktober wurde ein Protokoll unterzeichnet, das die Lieferung von 25 % der pharmazeutischen Produktion in Deutschland regelt, auf das die Reparationskommission ein Optionsrecht hat.

➤ Anzeigepflicht für Waffen- und Munitionsherstellung. Von der Reichsregierung wird augenblicklich ein Gehektwurf über die Herstellung von Waffen und Munition vorbereitet, der eine Anzeigepflicht für die Herstellung von Waffen und Munition vorsieht. Eine besondere Genehmigung für die Herstellung ist offenbar nicht geplant.

➤ Die Uniform der Reichswehr. Gegenüber der Bekleidung der vorläufigen Reichswehr sind nur wenige Änderungen angeordnet. Mützen, Röcke und Mäntel sind aus feidgrauem, Hosen aus grauem Grundtuch. Einige Abweichungen von der früheren Stufe weist der Rock auf. Gemeinames Abzeichen des Reichsheeres ist eine graue Doppelreihe am Kragen des Rockes. Die Unterscheidungszeichen für die Waffengattungen und einzelnen Truppenteile bestehen in Wasserfarben wie bisher. Zur Erinnerung an die frühere deutsche Armee soll ein Abzeichen an der neuen Uniform getragen werden, über das nähere Bestimmungen noch ergehen werden. An den Ausrüstungsmitteln interessiert das Fortfallen des bisherigen Friedenshelmes und Tschakos. Als Seitenwaffe ist einheitlich für Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften aller Waffengattungen das kurze Seitengewehr eingeführt. Zum kleinen Dienst und außer Dienst darf der Offizierdegen wieder getragen werden. Im Kriege erworbene Orden dürfen im Dienst angelegt werden, Friedensorden dagegen nicht.

➤ Kein deutsch-polnischer Handelsvertrag. Gegenüber einer aus Warschau inspirierten Meldung, wonach zurzeit Verhandlungen über einen deutsch-polnischen Handelsvertrag geführt werden, wird halbdomlich erklärt, daß zwar vor einiger Zeit unverbindliche Besprechungen über diese Frage stattgefunden hätten, die aber infolge der intransigenten Haltung der Warschauer Regierung ergebnislos verlaufen seien. Seitdem finden keinerlei Verhandlungen statt. Damit

erhöht sich der Teil der genannten Meldung, der von einem deutschen Angebot von Automobilen, Waggons und Kaff zu berichten weiß und behauptet, die Polen seien dafür erwidrig, Konzeptionen bei der Liquidation der liquidierten deutschen Güter zu machen. Wer den Standpunkt Deutschlands in dieser Frage kennt, weiß, daß es nicht in der Lage ist, Verhandlungen auf einer so jämmerlichen Basis zu führen, seine Forderungen sich vielmehr auf eine Reihe anderer wichtiger Fragen erstrecken, von deren Befriedigung seitens der Polen die zur Stunde aber noch nichts verläutet.

† Allgemeine Begnadigung des Forstdiebstahls. Gegen Forstdiebstahl sind durch die Novelle vom 14. d. Mts. die absoluten Strafordnungen des Forstdiebstahlsbeseitigt und die Bestimmungen über die Freiheitsstrafe an die Stelle der Geldstrafe gemindert. Der Justizminister hat deshalb die Strafvollstreckungsbehörden angewiesen, sofort sämtliche noch nicht erledigten Fälle auf die Möglichkeit der Begnadigung zu prüfen, wenn wegen Forstdiebstahls eine Geldstrafe von mehr als 30 Mark festgesetzt und nicht bereits eine Milderung der Strafe durch Erlass ausgesprochen ist. Wird von keiner Stelle ein Gnadenersuchen bekräftigt, so sind die Akten der Strafvollstreckungsbehörde zurückzuführen. Die Strafvollstreckung ist bei allen Verurteilten aufgehoben, wenn ein Gnadenersuchen vorgeschlagen wird. Eine begonnene Strafvollstreckung wird unterbrochen.

Frankreich.

× Ein neues Kleingewehr. Auf den Schießplätzen bei Rüttich finden gegenwärtig Versuche mit der neuen Turbu-Kanone statt, die von einem Leutnant der französischen Armee erfunden und nach ihm benannt wurde. Die neue französische Kleingewehr soll eine dreimal größere Tragweite haben als die deutschen Ferngeschütze, die seinerzeit Paris beschossen.

Großbritannien.

× Zwei Arbeiterwahlen. Bei den Nachwahlen in Wales hat die Koalition neue Niederlagen davongetragen. Im Wahlkreis Aberllynry fiegte der Kandidat der Arbeiterpartei Barker mit 15 492 Stimmen über den Koalitionsliberalen Gan Moran, der nur 7842 Stimmen erhielt. Ebenfalls im Wahlkreis West-Abondia der Arbeiterpartei John mit 14 035 Stimmen den Unionisten Rowlands, der 9959 Stimmen auf sich vereinigte. Beide neu-gewählte Abgeordnete sind Gewerkschaftsbeamte der Bergarbeiter.

Die Unmöglichkeit der vorgeschlagenen wirtschaftlichen Räteverfassung.

Das Präsidium des Hansa-Bundes kam zu den Vorschlägen der Regierung zum Aufbau der Arbeiter- und Wirtschaftsräte in seiner Sitzung vom 11. Dezember 1920 nach eingehender Behandlung der Vorschläge der Regierung betr. Aufbau der Arbeiter- und Wirtschaftsräte zu der Auffassung, daß die Regierungsvorschläge infolge ihrer Komplexität, des Übermaßes der vorgeschlagenen neuen Behördenorganisationen und des Mangels klar festgestellter sachlicher Aufgaben für die neuen Organisationen den im wirtschaftlichen Rätegedanken etwa vorhandenen gesunden Kern zu zerstören drohten. Die Organisation eines politischen Behördenapparates könne nicht in gleicher Weise auf die Wirtschaft übertragen werden, da die schaffende Volkswirtschaft um Leben und sich entwickeln zu können, in erster Linie freie Bewegung und schnelle Entschlußfähigkeit voraussetze. Es sei ferner unmöglich, zu den Einzelheiten der Regierungsvorschläge in reformatorischem Sinne Stellung zu nehmen, da die Ausführungen die erforderliche Tiefe und Begründung vermissen ließen. Auch fehle jede Einschätzung der Kostenfrage, sowie die dringend notwendige Aufmachung über die durch diese neue Organisation dem gesamten Wirtschaftsleben drohenden enormen Verluste an Arbeitsstunden und Arbeitskraft. Endlich erfordere das wohl verständene Interesse der Arbeiterschaft, die besonders bei der augenblicklichen wirtschaftlichen Lage Deutschlands auf Gedeih und Verderb mit den Unternehmern verbunden sei, daß nicht eine Gesehmacherei betrieben werde, welche im Widerspruch zu den wirtschaftlichen Naturgesetzen durch formelle und unpraktische Bestimmungen das Wirtschaftsleben mit allen Konsequenzen völlig erbrockele.

Des Andern Ehre.

Roman von S. Courth's-Mahler.

12. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Schein und gerb verschloß er seine Gefühle in sich selbst. Niemand sollte sein Geheimnis ahnen, auch nicht das Mädchen, welches er liebte. Aber voll heißer Freude hatte sie die Einladung zu Heinrichs Ballfest angenommen. Vielleicht bescherte ihm das Schicksal wieder eine von den goldenen Stunden, die er in seiner Erinnerung wie kostbare Schätze aufbewahrt. Das waren die Stunden, die er mit Helma verplaudert hatte, in denen er sich in den stillen süßen Reiz ihres Wesens verfallen konnte. Bisher war ihm das Glück immer günstig gewesen, wenn er sich mit ihr in der gleichen Gesellschaft befand. Da er nicht tanzen konnte, stand er immer abseits vom Getriebe der Feste und Helma selbst zog sich überall taktvoll in den Hintergrund zurück, weil sie sich in abhängiger Stellung fühlte. So kamen sie sich näher, als es sonst im Trübel großer Festlichkeiten üblich ist.

Mit heimlicher Spannung hatte er vorhin bei Tisch auf seines Bruders Worte über Helma gelauscht. Und wirklich war etwas wie Eifersucht in ihm emporgestiegen. Er kannte seinen Bruder Heinz sehr genau, wußte, wie leichtfertig er in bezug auf Frauen war. Und eine heimliche Angst lag nun in seinem Herzen. Wenn Heinz nur um Gotteswillen dieses eine Mädchen nicht bezauerte, wie sonst so viele Frauen und Mädchen! Nie hatte er des Bruders Erfolg bei den Frauen neidvoll beobachtet, nie war ihm erst lebenswert gewesen, was Heinz mühelos zuziel. Aber jetzt, in diesem einen Punkte, wünschte er sich die glänzenden Gaben und das besüßende Verweilen seines Bruders. Zeugnend strich er über sein verführtes Bein. Sollte er ausgeschlossen sein von dem höchsten Glück des Lebens, weil er nicht so leichtfertig wie andere dahinstürmen konnte? Hatte er nicht ein ganzes volles Herz zu bieten, das sich nicht in allerlei Liebesleien verzettelt hatte? War er nicht sonst gesund an Geist und Körper? Durfte er nicht ruhig vor das Mädchen, das er liebte. hin-

Streikstatistik für 1920.

Im ersten Halbjahr verlorene Arbeitstage.

Eine dieser Tage in London veröffentlichte Statistik über die Streiks in den wichtigsten Ländern der Welt gibt Aufschluß sowohl über die Anzahl der Ausfälle wie über die Zahl der dabei ausgefallenen Arbeitstage. Die Statistik umfaßt nur das erste Halbjahr 1920 und gibt folgende Aufschlüsse:

	Streikende	Verlorene Arbeitstage
Deutschland	1 866 358	18 201 690
Italien	1 781 230	21 950 200
Frankreich	1 188 670	19 383 100
Schweden	180 070	4 779 170
Spanien	224 700	11 630 100
England	117 040	6 925 600
Ver. Staaten	958 700	11 787 400
Australien	208 400	7 642 600
Belgien	176 940	2 090 110
Österreich	97 540	902 900

Somit sind insgesamt über 100 Millionen Arbeitstage durch das Streiken von etwa neun Millionen Arbeiter verloren gegangen. Diese Ziffern dürften sich, auf das ganze Jahr umgerechnet, mindestens auf das Doppelte, also 200 Millionen verlorene Arbeitstage und 18 Millionen Streikende vergrößern, da ein Nachlassen der Streikwelle im zweiten Halbjahr gegenüber dem ersten wohl kaum festzustellen sein dürfte.

Welt- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Mark.

Börsenplätze	29. 12.		28. 12.		Stand 1. 8. 14
	Geld	Preis	Geld	Preis	
Holland	2302,70	2307,30	2285,20	2289,80	170 Mk.
Dänemark	1153,80	1158,20	1138,85	1141,15	112 . .
Schweden	1461,00	1464,00	1448,05	1448,95	112 . .
Norwegen	1168,90	1168,70	1138,85	1141,15	112 . .
Schwiz	1113,85	1116,15	1111,35	1111,65	72 . .
Amerika	73,92	74,08	73,42	73,58	4,40 . .
England	257,95	258,55	256,95	257,55	20,20 . .
Frankreich	427,30	428,20	427,55	428,45	80 . .
Belgien	450,25	451,25	450,50	451,50	80 . .
Italien	244,00	244,50	243,75	244,25	80 . .
Österreich	16,48	16,52	16,98	17,02	85 . .
Ungarn	12,98	13,02	12,48	12,52	85 . .
Schweiz	81,85	81,85	82,40	82,60	85 . .

*** Belgischer Verzicht auf die Vermögensbeschlagnahme.** Die belgische Regierung wird sich, nachdem sie in aller Kürze nach dem Beispiel der englischen dazu entschlossen, den Artikel 18 über die Beschlagnahme deutscher Waren aufzuheben. Die französische Regierung wird von der belgischen Regierung von diesem Schritt in dem Sinne unterrichtet werden, daß die Bedürfnisse des belgischen Handels und der belgischen Industrie die Aufhebung dieses Artikels gebieterisch fordern. Die belgische Industrie namentlich sei auf den Bezug deutscher Halberzeugnisse angewiesen.

Tagung des Dillstädtbundes.

Der neu gegründete Dillstädtbund, hatte die Stadtverordneten und Magistrats der 3 Städte Dillenburg, Herborn und Halger zu einer Versammlung für Mittwoch nachmittags nach Dillenburg in den Kurhappsal eingeladen. Auch die Beamten der 3 Städte waren dazu erschienen. Während Dillenburg und Halger fast vollständig vertreten waren, war Herborn seitens des Magistrats und des Stadtverordneten-Kollegiums nur schwach vertreten. Von den Herborn Kommunalbeamten war 1 Vertreter erschienen. Die Tagesordnung umfaßte 3 Gegenstände: 1. Ziele und Tätigkeitsbericht des Städtebundes des Dillkreises; 2. Steuerfragen und 3. Wirtschaftsfragen.

Der Vorsitzende des Städtebundes, Herr Bürgermeister Virken dahl-Herborn eröffnete um 2 Uhr die Sitzung mit herzlichem Begrüßungswort und Dank für das zahlreiche Erscheinen. Redner mündete sich dann an den Herrn Landrat den er ganz besonders begrüßt, ihn um Unterstützung für die Bestrebungen des Städtebundes bittend; auch die zahlreichen erschienenen Kreis- und Gemeindeführer wurden ebenfalls herzlich begrüßt. Der Herr Redner führt kurz aus, daß die Vereinigung der 3 Städte des Dillkreises eine Notwendigkeit geworden sei und erteilt darauf dem Geschäftsführer des Städtebundes, Herrn Beigeordneten Dr. Dönges-Dillenburg das Wort, der über

Die Ziele des Städtebundes

etwa folgendes ausführt: Wenn man die heutige Versammlung überblickt, so kann es, als wenn Ben Kiba mit seiner alten Theorie, daß alles schon dagewesen sei, recht behalten sollte. Es ist gewiß ein Raum, daß die Stadtverordneten und Kommunalbeamten der 3 Dillstädte sich zu einer gemeinsamen Tagung zusammenschließen haben. Ist es doch fast in weitestem Umkreise zu bezeugen, daß zu den typischen Beispielen von Stadtrivalitäten wie Dillenburg und Diez, Wiesbaden und Mainz, Frankfurt und Offenbach, Gießen und Darmen, Köln und Düsseldorf, gewisse Dillstädte nicht zuletzt zu nennen sind. Geradezu verewigt und dabei stark parodiert hat diesen Zustand zwischen Dillenburg und Herborn der Schriftsteller und Reichstagsabgeordnete Dr. C. Braun-Wiesbaden in seinem Buch „Doktor Saltour“ Bilder aus der deutschen Kleinstadterei, in welchem er Dillenburg und Herborn in Durg zusammen kommen und in verschiedenen Ecken des Saales tanzen läßt.

Man könnte geteilter Meinung sein, ob es zu der mir gestellten Aufgabe, über die Ziele der Städte-Vereinigung des Dillkreises zu reden, gehöre, diese Tatsachen in den Kreis der Erwägungen zu ziehen. Ich halte es jedenfalls für richtig, mit klarem Blick und offenem Willen Gegebenes hier zu erwähnen und sich nicht leiten zu lassen von zu großem Optimismus auf einen beginnenden Völkerrückgang oder einem zu übertriebenen Pessimismus, der die angebahnte Allianz bei dem nächsten Stoß auf die Nase fallen läßt. Sie müssen es einem Historiker einmal nachgeben, wenn er vor der Beantwortung der Frage: Wohin? zunächst einmal in aller Kürze das Woher? in den Kreis der Erwägungen zieht. Es lag in der Natur der Verhältnisse, daß die auf knapp 2 Quadratmeilen liegenden 3 Dillstädte von Alters her entgegenstehende Interessen haben mußten. Und doch ist einmal ein gemeinsames Vorgehen der 3 Dillstädte geradezu zur geschichtlichen Tatsache geworden und zwar vor genau 100 Jahren in der Angelegenheit der sogenannten Dillbürger Petition der 3 Dillstädte Dillenburg, Herborn und Halger. Die Not und die politische Bewegung der Zeit nach 1815 mit dem Sehnen nach einer Verfassung, hatte die 3 Dillstädte zusammenschweißt. Wie vor 100 Jahren ist auch heute die Not veranlassend zu einem Zusammenschluß, der schon im Hochsommer ds. Js. in Erwägung gezogen worden ist, um zu ermöglichen, gemeinsame Angelegenheiten zu besprechen. Auf verschiedenen Tagungen der gesamten Magistrats zu Dillenburg und Halger folgte am 6. September 1920 im Magistratszimmer zu Halger die Konstituierung der Städtevereinigung, es wurde ein Vorstand gebildet, aus 3 haupt- und 3 nebenamtlichen Magistratsmitgliedern der 3 Städte, also der 3 Bürgermeister Dr. Schneider-Dillenburg, Virken dahl-Herborn und Ad-Halger und ferner den Beigeordneten Dr. Dönges-Dillenburg, Magistratschöffe Otto Schramm-Herborn und Beigeordneten Trost-Halger und aus diesem Vorstand die Wahl eines sachverständigen Ausschusses und zwar auf Vorschlag Trost in Bürgermeister Virken dahl-Herborn und Beigeordneten Dr. Dönges als Geschäftsführer. Dieser Vorstand ist bis jetzt erstmalig zusammengetreten und wenn ich die Ziele der Städtevereinigung angeben soll, so weiß ich Ihnen das nicht besser zu vermitteln, als durch Vorkluden des Tätigkeitsberichts. Es wurde verhandelt über: Milchversorgung, Kartoffelbezug, Erwerbslosenfürsorge, Preisanbau, Kohlenwirtschaft, Wohnungsfrage usw. Nicht unerwähnt bleibe, was selbstverständlich ist, daß einige Punkte wiederholt und fortgesetzt besprochen wurden, daß wiederholte Tagungen gemeinsam mit Gewerkschaften, dem Arbeitgeberverband, der Bauernschaft, dem Herrn Vorsitzenden des Kreis-Ausschusses und Kreis-Ausschuhvertretern stattgefunden haben. Redner führt dann weiter aus, daß fast alle Dillbürger Stadträte sich für die Städtevereinigung ausgesprochen mit der Zusatzfugung, daß das schon eher hätte machen sollen. Die nachfolgende Ansprache über die Ausführungen wird zeigen, ob die Frage der gemeinsamen Arbeit Beachtung findet, hoffentlich wird sie recht viele Richtlinien zu weiterer Arbeit geben. Die heute Zeit ihret nach Zusammenschluß auf allen Gebieten. Sonntags, Kartelle, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, Genossenschaften usw. sind die allgemeine Erscheinung unserer Tage.

Sollte in dieser Zeit der Lösung gemeinsamer Aufgaben von einer Zentralstelle, die Erfordernisse dreier benachbarten Städte nicht eine gemeinsame Lösung finden zum Wohle der Bürger! Gehen wir auch in dem neuen Jahre an neue Arbeit frei von allem Optimismus, aber auch allem Pessimismus.

Die heutige Tagung bringt als Verhandlungsgenossenschaft praktischen Fragen der Verwaltung auch Themen von allgemeinen Weiterbildung, zu gegenseitigem Austausch in kommunalpolitischen Fragen. Der nachfolgende inoffizielle, hoffentlich recht gemüthliche Teil — in einer, anderwärts würde man sagen, bunten Reihe, bleibe in freundschaftlichem Gedankenaustausch ein Erkennen- und damit Sicherstehenlernen, was wir von Vortien sein kann.

Die Vereinigung der Dillstädte scheidet in den Sattel ganz zu sein reiten wird sie schon allein können!

Glück auf, zur gelegenen Fahrt!

Mit diesem Wunsch schloß der Herr Redner seine Ausführungen.

Herr Landrat v. Bartmann nahm als erster das Wort:

In den Sattel setzen und reiten, dieses Zusammenfassen der Energie von Kopf und Reiter wird nicht so leicht sein. Gemeinsame Interessen, gemeinsame Arbeit. Der einzelne Mensch

dem alles auf der Welt! Wenn er daß un will, dann würde ihn Heinz lachend bei den Schultern fassen und sagen: „Meiner — ich beße mir lieber den kleinen Finger ab, als dir ins Behege zu kommen. Vor mir bist du sicher — und meinen Segen willst du obendrein haben.“ So oder ähnlich würde Heinz reden und ihn gutmütig nicken. Aber Heinz wußte, daß er sich schwer dazu entschließen würde können Helma seine Liebe zu Helma einzugehen.

Ob er nicht doch versuchte, Helmas Liebe selbst zu erlangen? Hatte er nicht manchen Vorzug vor andern voraus, konnte sie darüber nicht sein Leben vergessen, das eigentlich gar kein Leben war — nur ein winziger Fehler? Wenn sie fühlte, wie teuer ihm war? Liebe erweckt Gegenliebe, sagt man — seine starke, heiße Liebe nicht fähig war, Gegenliebe zu erwecken?

Nichts würde sonst seiner Verbindung mit Helma entgegenstehen. Wenn auch die Eltern mit Heinz und Robert wählertischer sein würden in bezug auf eine Schwiegertochter, ihm selbst würden sie nichts in den Weg legen, wenn er ein armes Mädchen heiraten wollte. Mutter würde glücklich sein, wenn er so ein liebes, reizendes Geschöpf zur Frau bekam. Und der Vater? Der war wohl genug Geschäftsmann, um den Wert des Geldes hoch einzuschätzen. Aber er war zugleich ein Mensch mit warmem Herzen, und — sein jüngster Sohn war nun einmal mit einem überreichen Heile befaßter, der durfte keine hohen Ansprüche stellen.

„Einen Krüppel liebt man nicht . . .“ Heinz danken verloren sich in Bitterkeit. Er stand haltig an und warf das Buch, welches er vor sich hatte, unmutig auf ein Tischchen.

„Geh an die Arbeit, du Narr, und gräble nicht über Dinge, die sich nicht ungeschehen machen lassen,“ sagte er zu sich selbst und ging hinunter in sein Kontor.

(Fortsetzung folgt.)

ist heute gar nichts mehr, er wüßte von ganzem Herzen, daß man einmal dazu komme nicht das Trennen der Betonen, sondern das Zusammengehen, das Gemein-

Stadto. Regener-Dillenburg warf die Frage auf: Wie verhalten sich die Städte bei Anträgen und Einrichtungen welche die Staatsbehörden veranlassen, z. B. bei Unterbringung von Behörden (wie man sich bei der Einrichtung des Finanzamtes gegenständig den Rang ablaufen wollte) damit Mißverständnisse und Gekränktheiten vermieden werden. Redner gibt dann einige Richtlinien inbezug auf die Lebensmittelerzeugung.

Herr Stadto. Graf-Dillenburg kommt auf den Marburger Verband zu sprechen. Die verschiedenen Tarifverträge waren die Ursache, die ihn bestimmten, für den Austritt aus diesem Verbande einzutreten, da diese Tarifverträge für die in Frage kommende Entlohnung der städtischen Arbeiter zu große Unterschiede aufwiesen. Im übrigen begrüßt er das Zusammengehen der 3 Städte von ganzem Herzen.

Bürgermeister Birkendahl-Herborn stellt einige Ausführungen des Vorredners inbezug auf den Marburger Verband richtig. So könne es z. B. nicht vorkommen, daß Staatsbehörden eine höhere Lohnklasse zahlen, als wie der Verband, nur die Eisenbahn sei es, die einen Seitensprung gemacht und eine Lohnklasse höher bezahlt habe; jedenfalls aber sei der Marburger Verband von großem Nutzen für die andern Verbände. Auch sei die Hinterbliebenen-Versicherung im Marburger Verband gesichert und werde der Abschluß demnächst getätigt.

Stadto. Köper-Dillenburg führt aus, daß für jeden Arbeiter in eine Kasse ein gewisser Beitrag gezahlt werden müsse und aus dieser Kasse müßten dann den Arbeitern die Kinderzulagen gezahlt werden. In verschiedenen Städten sei diese Einrichtung bereits eingeführt.

Stadto. Graf-Dillenburg bemerkt, daß es eigentlich Pflicht des Staates sei, dem Arbeiter inbezug auf die Kinderzulagen in viel größerem Maße wie bisher durch Steuererlässe usw. unter die Arme zu greifen. Es könne sonst vorkommen, daß der Arbeitgeber den besten Qualitätsarbeiter schlechter entlohnen müßte weil er keine Kinder habe, als den minderfertigen Arbeiter der nichts leiste. Der Staat müsse bei den Kinderzulagen zu allererst herangeholt werden.

Beigeordneter Trott-Haiger steht auf dem Standpunkt, daß Kinderzulagen gewährt werden müssen, ebenso wie sie der Beamte bekomme müsse sie auch der Arbeiter bekommen. Es sei ja alles sehr schön auf den Staat abzuwälzen, aber das Müßigen auf den Staat hört auch einmal auf.

Beigeordneter Dr. Dönges spricht den Wunsch aus, daß die Verammlung nunmehr sich auch den Fragen zuwenden möchte, welche sich auf die 3 Distrikte beziehen.

Stadto. Leht-Herborn bedauert, daß Herborn so schwach vertreten sei, das liegt aber daran, daß der Magistrat mit der Stadtverordneten-Versammlung inbezug auf die Gründung des Städtebundes zu wenig Fühlung genommen habe. Vom Marburger Verband höre er heute zum ersten Mal; jedenfalls aber werden die Stadtverordneten Herborns der ganzen Angelegenheit ihr freundlich gegenüber, wenn es sich um die Wahrung gemeinsamer Interessen handele.

Stadto. Kink-Herborn begrüßt den Zusammenschluß der 3 Distrikte außerordentlich und bittet, namentlich auf die allgemeine Wirtschaftsfrage das Augenmerk zu lenken, auch die Wohnungsfrage usw. nicht zu vergessen.

Beigeordneter Trott-Haiger bemerkt, daß alle Fragen die bis jetzt zur Sprache gebracht worden seien, müßten und nur im Magistrat behandelt würden, die Stadtverordneten-Versammlung aber nur ihre Zustimmung zu geben oder sie abzulehnen hätten; aber um die Stadtverordneten zu informieren, wolle man sie ja zu den Beratungen des Städtebundes hinzuziehen. Er würde sich freuen, wenn die Stadtverordneten den Wunsch äußerten, in Zukunft mehr gemeinsam zusammen zu arbeiten. Der Herr Redner erörtert dann die Wohnungsfrage und gibt Ratschläge wie sie auf den Weg zu bringen ist und wie sie endlich einmal in Gang gebracht werden könnte um mit dem Herrn den Anfang zu machen, denn anders werde sich diese Frage nicht erledigen lassen. (Fortf. folgt.)

Aus Nah und Fern.

Herborn, den 30. Dezember.

* Der Kreistag fehlte einen Betrag in seinen Etat ein, der es ermöglicht, den Beschluß des Kreistages auszuführen, der dahin geht, daß für die Folge die amtlichen Bekanntmachungen des Landratsamtes auch im Herborner Tageblatt veröffentlicht werden.

* Der heutigen Nummer liegt ein Kalender des Jahres 1921 bei, auf den wir unsere Abonnenten besonders hinweisen.

* Das Finanzamt weist die Steuerpflichtigen auf die offenbar allgemein noch unbekanntenen neuen Bestimmungen über die im Rechtsmittelverfahren bei Steuerangelegenheiten zu erhebenden Gebühren hin. Diese Gebühren richten sich gemäß § 289 der Abgabenordnung nach § 8 des Gerichtsverfassungsgesetzes, sind also ganz erheblich höher als die früher im preussischen Verwaltungsgerichtsverfahren von den Beteiligten zu zahlenden Kosten. Besonders wichtig ist die Bestimmung, daß diese Gebühren bereits im Einspruchsverfahren, das vom Finanzamt selbst erledigt wird, erhoben werden müssen. Es kann danach nur jedem Steuerpflichtigen in seinem eigenen Interesse geraten werden, solche Einsprüche nach reiflicher Ueberlegung und z. g. i. nach Einholung sachverständiger Ratschläge einzulegen, jedenfalls aber von dem Rechte der Zurücknahme des Einspruchs vor dessen Entscheidung immer dann Gebrauch zu machen, wenn das Finanzamt dies selbst, mit begründeter Darlegung des Tatbestandes und der Rechtsfragen, prüft. Dies geschieht im weitesten Umfange, wenn die Voraussetzungen dafür vorliegen. — Dies alles möge von dem Steuerpflichtigen schon jetzt genau beachtet werden, da z. B. teilweise noch die Frist zur Einlegung des Einspruchs gegen die Veranlagung zur Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs läuft und demnächst insbesondere hinsichtlich der Veranlagung zum Reichsnotopfer in Frage kommen wird.

* Am 28. ds. Mis. fand hier auf Veranlassung des Hienographenvereins „Debattenschrift“ ein Wettstreiten in der Kurzschrift Stöße-Schren statt. Für hervorragende Leistungen erhielt Frä. Marga Kleib-Dillenburg den 1. Preis. Weitere Auszeichnungen erhielten die Herren Karl Heuser-Burg und Fritz Christ-Dillenburg.

* (Für Renteneinpfänger.) Vom 1. Januar 1921 ab erhalten alle Empfänger von Invaliden-, Alters-, Kranken-, Witwen- und Witwenkrankenrenten, die bisher die erhöhte Zulage von 30 M. bezogen haben, eine monatlich im Voraus zu zahlende Beihilfe von 40 M. Die Empfänger einer Waisenzulage erhalten eine Beihilfe von 20 M. monatlich. Die Renteneinpfänger, bei denen vom 1. Januar die Zulage wegfällt, haben auf die Bei-

hilfe keinen Anspruch. Uebrig die Beihilfen sind keine besonderen Quittungen auszustellen. Die Beträge der Renten, Zulagen und Beihilfen sind in einer Quittung zusammenzufassen.

* Wie wir erfahren, ist Herr Kommerzienrat Georg Landfried in Dillenburg, langjähriger Vorsitzender der Handelskammer Dillenburg, gestern gestorben.

* (Fortdauer der milden Witterung.) Westlich von Herborn ist ein neues sehr tief ausgedehntes Minimum im Anzuge, dessen bevorstehende Annäherung wird uns vermuthlich von neuem starke Erwärmung und vermuthlich ergiebige Regenfälle bringen, wie überhaupt die Witterung jetzt einwilligen ihren milden und veränderlichen Charakter zu bewahren scheint. Das milde und regnerische Wetter dürfte somit auch Silvester und Neujahr überdauern.

* Landgerichtsrat Geheimer Justizrat Rudolf Steubing vom Landgericht Limburg ist Montag abend nach kurzem Krankenlager im Alter von 70 Jahren in Wiesbaden verstorben. Die Beerdigung findet am 31. Dezember nachmittags vom Sterbehause aus in Wiesbaden statt. Geheimerat Steubing war ein Sohn des verstorbenen Defans und ersten Pfarrers Steubing von Dillenburg. Am 1. 7. 1875 zum Referendar und am 17. 1. 1880 zum Gerichtsassessor ernannt, war er vom 1. 1. 1881 bei dem Amtsgericht Kagenelobogen und vom 1. 1. 1885 bei dem Amtsgericht Wehlar als Amtsrichter tätig. Am 1. 10. 1888 wurde er als Landrichter zum Landgericht Limburg berufen und erhielt am 12. 2. 1894 den Charakter als Landgerichtsrat. Seit dem Jahre 1888 ist Geheimerat Steubing ununterbrochen am Landgericht Limburg als Richter tätig gewesen. In den letzten Jahren krankte der greise Jurist mehrfach. Seit dem 1. Januar 1920 zur Wiederherstellung seiner Gesundheit beurlaubt, war Geheimerat Steubing vom 1. März 1921 in den wohlverdienten Ruhestand versetzt worden. Bei der Limburger Bürgererschaft erfreute sich der nunmehr Entschlafene allgemeiner Achtung und Verehrung. Möge ihm die Erde leicht sein!

Herborn. Neun Bergarbeiter von hier gehen im Februar nach unserer ehemaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika, wo sie schon einmal vor und auch während des Krieges tätig gewesen waren. Sie sind verpflichtet von der Stadt-Rinnen-Gesellschaft, Sitz Berlin. Diese Gesellschaft trägt auch die Kosten der Reise.

Siegen. (Friedensbier.) Seit einigen Tagen wird in hiesigen Wirtschaften ein 13prozentiges Bier angeboten. Der Gast fragt vorsichtig nach dem Preis und ist einen Augenblick überrascht, daß $\frac{1}{10}$ Liter 4 Mark kosten (der Preis wäre noch genau festzustellen), bestellt dann aber doch ein Glas dieses „edigen Friedensbiers“. Er freut sich, daß in Deutschland wieder ein so volles Bier gebraut wird. Wäre ihm sein Jrethum bekannt, so würde er wohl den angebotenen Trank zurückweisen, denn das Bier ist in Schillingheim bei Strassburg (also in Frankreich) gebraut. Die Inhaber, bzw. Aktionäre der Strassburger Brauereien (Bahnen, Kronen, Gruben usw. Brauerei) waren schon vor dem Krieg nationalstisch, d. h. francoseunfreundlich gesinnt und unterstützten alle deutschfeindlichen Bestrebungen. Sie haben ihre Ansichten natürlich nach dem Krieg nicht geändert. Da sie aber ihr Bier nach Frankreich nicht absetzen können (dort wird bekanntlich nur wenig Bier getrunken), so versenden sie gütigst ihr Erzeugnis nach Deutschland, in der Hoffnung, daß der einfältige Deutsche alle ihm von dem unerbittlich rachsüchtigen Franzosen aufgelegten Drangsale vergißt. Wir Deutsche haben wirklich kein Interesse daran, den fanatischen „Sieger“, der nur an Deutschlands Untergang ein Interesse hat, zu unterstützen und seinen deshalb das französische 13prozentige Bier ab. Kein deutscher Verleger sollte das ausländische Bier einführen, kein Wirt es ausschänken, kein Gast es trinken. Nicht nur der deutschvölkische Standpunkt, sondern auch der Gesichtspunkt, sollte uns das verbieten, daß auf diese Weise unser Geld in Massen nach dem Ausland geht und unsere Volkswirtschaft durch die Einfuhr fremder Genussmittel weiter entwertet wird. Was hilft auf der einen Seite das Klagen über die traurige wirtschaftliche Lage, wenn auf der anderen Seite für Genussmittel, die wirklich überflüssig sind, unser Geld in das Ausland geht, ohne daß dafür werthschaffende Rohwaren eingeführt werden. Deshalb wollen wir das Franzosenbier zurückweisen und uns mit unserem deutschen Gerstenkaffee (wenn auch nur 8prozentig) oder unserem Kappelswein begnügen.

Kleinwallstadt. Obwohl das Wild im hessischen Revier bis auf ein Minimum abgeschossen ist, wurde der seitherige Jagdbücher überboten. Kein Jäger will mit dem neuen Büchlein auf die Jagd gehen, obwohl er für jedes erlegte Reh 100 M. und für jeden Hasen 15 M. zahlen will. Wenn der Stroh der Jäger einige Jahre anhält, wird sich vielleicht der Wildbestand wieder bessern.

Hockenheim. Durch Explosion eines Ofens wurde zu Weihnachten die Familie Reichenberger schwer getroffen. Die Mutter und vier Kinder erlitten schwere Brandwunden und mußten ins Krankenhaus nach Heidelberg überführt werden. Ein Kind ist den Verletzungen erlegen.

Frankfurt. Die Postverwaltung hat auf der Strecke Berlin-Frankfurt a. M. dadurch eine erhebliche Besserung im Telegrammverkehr herbeigeführt, daß sie auf einer Leitung 7 Stromkreise in Tätigkeit gesetzt hat, und ist dadurch in der Lage, in der Minute etwa 4000 Buchstaben zu übermitteln. — Zur Herabminderung der Fehlbeträge bei der Straßenbahn vermielet jetzt die Straßenbahnverwaltung die Wagenbäder zur Anbringung von Reklameschildern. Die ersten Wagen mit diesen weithin leuchtenden Geschäftsempfehlungen durchfahren gestern die Stadt.

Erfurt, 30. Dez. Auf der Fahrt zwischen Schmalz und Reiningen wurde ein Mann verhaftet, der einen jungen Verleiderungsbeamten unter falschen Vorspiegelungen zum Eintritt in die französische Fremdenlegation verleiten wollte. — Die Erfurter Stadtverordnetenversammlung bewilligte im ganzen 8½ Millionen Mark zum Bau von Rothhäusern, um der Wohnungsnot wirksam zu steuern.

o Das begehrte Porzellangeld. Das sächsische Finanzministerium wird sich in den nächsten Tagen mit der Ausgabe des Porzellangeldes befassen, die dann Anfang Januar beginnen dürfte. Schon jetzt liegen außerordentlich zahlreiche Bestellungen aus dem In- und Auslande vor, namentlich auch aus Amerika. Viele Besteller bieten nicht nur hohe Geldsummen an, sondern aus Amerika sind auch zahlreiche Angebote auf Überweisung von Lebensmitteln, Kleidern und Stoffen eingegangen. Das sächsische Finanzministerium wird einen Teil des Porzellangeldes der Weiskener Manufaktur zum Verkauf an Sammler überlassen, und zwar mit einem kleinen Aufschlag.

o Vereitelte Kohlenchiebung. Wie aus Dresden berichtet wird, sind die Grenzbehörden einer großen Schiebung aus dem Ruhrgebiet kammender Kohlen auf die Spur gekommen. Es handelt sich um sieben große Schlepplöhne mit zusammen 140 000 Fentner besser Steinkohle, die von Deutschland nach Polen und von dort zu Wucherpreisen an deutsche Industriebetriebe zurückgeschoben werden sollten.

o Dynamitattentat gegen einen Richter. Ein neues Dynamitattentat, das fünfte in wenigen Wochen, wurde dieser Tage an dem Wirtshaus „Wupper“ in Elberfeld verübt. Die Haustür wurde zerstört und die Scheiben der Nachbarhäuser zerschmettert. Es handelt sich, wie man annimmt, um einen, von Anhängern des jetzt infolge eines „Hungerstreiks“ verstorbenen kommunistischen Rechtsanwalts Kamp verübten Mordattentat, der sich gegen den in Hause wohnenden Landesgerichtsrat Moegel richtete, der die Untersuchung in dem Hochverratsprozesse gegen Vamp geführt hatte.

o Das Schiebertum an der Westgrenze. Das Nachener Polizeipräsidium hat eine besondere, mit Fahrrädern und Waffen ausgerüstete Stoßtruppe von Polizeibeamten aufgestellt, der die energische Bekämpfung des immer mehr überhandnehmenden Schmuggler- und Schieberanwesens an der deutschen Westgrenze obliegt. Im Laufe der verfloffenen vier Wochen wurden allein in der Nachener Gegend für etwa zwölft Millionen Mark Schmugglerwaren beschlagnahmt, darunter über 150 000 Zigaretten, 2000 Kilogramm Kaffee und große Mengen Wehl und Tabak.

o Hochbetrieb der Berliner Einbrecher. In einer Fleischeret in Berlin-Tempelhof haben Einbrecher eine Kasse, die 600 000 Mark bares Geld enthielt. — In einer Privatwohnung in Berlin-Charlottenburg stehlen anderen Einbrechern für 200 000 Mark Wertgegenstände in die Hände. — Innerhalb weniger Stunden konnten dieser Tage in der Reichshauptstadt 18 Einbrecher festgenommen werden.

o Wilderstürmer und Bombentwerfer in Oberschlesien. In der Angelegenheit der Sprengung des Weiskaiserdenkmals in Kattowitz sind mehrere Personen verhaftet worden. Bei einer Hausdurchsuchung habe man zwei selbstgefertigte Handgranaten sowie Bändschüre, Sprengstoff und Zement, wie solcher für Sprengungen gebraucht wird, gefunden. — In Bogdors bei Oppeln wurde gegen den Laden eines Kaufmanns ein schweres Bombentattentat verübt. Beim Öffnen des Ladens explodierte eine Bombe. Sieben Personen wurden verletzt, davon drei schwer. Die Befolgung der Täter ist ergebnislos geblieben. Gegen den Geschäftsinhaber waren schon seit Tagen Drohungen laut geworden.

o Die „Goldene Bulle“ nach Prag übergeführt. Die aus zahllosen Pergamenten und Urkunden von zum Teil großer historischer Bedeutung bestehenden Archive des ehemaligen Königreiches Böhmen, die bis auf das 12. Jahrhundert zurückgehen, sind dieser Tage von Wien nach Prag übergeführt worden. Das Glanzstück unter diesen Dokumenten ist die berühmte „Goldene Bulle“ Kaiser Karls IV.

o Erhöhung der Telegraphen- und Fernspreckgebühren in Oesterreich. Vom 1. Januar ab werden in Oesterreich die Telegraphen- und Telephonengebühren bedeutend erhöht. Im Inlande wird der Wortpreis für Telegramme 2 Kronen betragen. Für dringende Telegramme gilt die dreifache Gebühr. Die Minimalgebühr für ein Telegramm beträgt fortan 20 Kronen. Die Gebühren für Auslands-telegramme werden um 150 % erhöht. Die Fernspreckgebühren werden ebenfalls, und zwar je nach der Entfernung des angerufenen Ortes, erhöht.

o Prügelstrafe für Zigaretten schmuggler. Auf einem Schlepper, der von Belgrad nach Wien unterwegs war, wurden in Budapest 50 000 Haannazigaretten und mehrere Hunderttausend ausländische Zigaretten beschlagnahmt. Den Schmugglern wurde die Anwendung der Prügelstrafe in Aussicht gestellt.

o Frau Räuberhauptmann. Die größte Sensation Neisonerts ist die Entdeckung, daß die Seele der Banditenbande, die dieser Tage mitten in der Stadt einen Polizeipostler niederschoss, die Frau eines reichen Chicagoer Versicherungsdirektors ist. Sie wurde verhaftet, als sie sich in Gesellschaft zweier Herren in einem vornehmen Hause befand.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 30. Dez. Das „reiche“ Deutschland. Nach einer Brüsseler Meldung sind jedoch die ersten Ergebnisse, die auf Anregung der Sachverständigen der Brüsseler Konferenz vorgenommen wurden, veröffentlicht worden. Darin wird gesagt, daß die Wirtschaft nach ihren territorialen Einschränkungen nicht schlechter sei, als zu erwarten war. Es sollen drei Gesichtspunkte aufgestellt worden sein: 1. Das deutsche Budget enthalte unverantwortliche Ausgaben; man sehe nicht ein, daß Deutschland, bevor es an die Zahlung der Summen denke, die es den Alliierten schulde, seinen eigenen Untertanen, die infolge des Krieges Verluste erlitten haben, 90—130 Milliarden vorschleife. Die Lage werde sich erst dann ändern, wenn Deutschland mit einem rationellere Budget herantrete. 2. Die gewerbliche Erzeugung Deutschlands im Ganzen genommen, zeige nach den eingezogenen Erkundigungen deutlich die Lebensfähigkeit der deutschen Industrie. In der Metallindustrie z. B. gebe es große Gesellschaften, die im Laufe der letzten Zeit Nettogewinne erzielt haben, die 80—90 Prozent ihres Aktienkapitals ausmachen. Die Textilindustrie hat trotz des Standes der deutschen Volkswirtschaft vom Januar bis April 233 000 Ballen Baumwolle zur Verarbeitung eingeführt. Deutschland werde also in kurzer Zeit Baumwollgewebe wieder ausführen (?) Die Statistik benachbarter Länder — Niederlande, Schweiz — zeigt übrigens, daß im ersten Halbjahr 1920 Deutschland mehr als das Doppelte seiner Einfuhr ausgeführt habe. 3. So intensiv die deutsche Produktion auch arbeite, so könne sie doch noch ganz beträchtlich gesteigert werden. Was den Rohbergbau anbetrifft, so betrage die

Produktion eines deutschen Arbeiters 337 kg gegen 881 kg des Jahres 1913. Hierbei hat man im Bergwerkgebiet Oberhessens die Gruben mit nur zwei Meter Schachtmäule ganz vernachlässigt und im Ruhrgebiet sind ganze Gegenden von dem Kohlenbergbau gar nicht berührt worden. Die gleiche Bemerkung gelte auch für die Ausbeutung der Forste.

Berlin, 30. Dez. Eine Konferenz des 16er Ausschusses mit Reichsverkehrsminister Gröner. Gestern nachmittags empfing Reichsverkehrsminister Gröner den 16er Ausschub der 4 großen Eisenbahnerorganisationen zu einer mehrstündigen grundsätzlichen Aussprache über die von den Verbänden vertretenen Forderungen. Der Minister wies darauf hin, daß Reichsregierung und Parlament die Räte der Beamten durchaus anerkannt hätten und bemüht seien, weiterhin auf Milderung dieser Notlage hinzuwirken. Der Minister selbst betrachte es als seine Aufgabe, eine gerechte und betrieblige Lösung der Besetzungslage der Beamten zu erreichen. Gröner streifte sodann die Wirtschaftslage der Eisenbahnen, die eine sehr umfangreiche Reformierung nötig mache. Ein Streik, wie angedroht, würde nicht nur unser ganzes Verkehrsleben und die Volkswirtschaft erschüttern, sondern auch die Existenz der Beamten gefährden.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Otto Bed.

Anzeigen.

Bekanntmachung.

Die Frist zur Annahme selbstgezeichneter Kriegsanleihestücke an Zahlungs Statt zum Reichsnotopfer (§ 43 des Gesetzes über das Reichsnotopfer vom 31. Dezbr. 1919) ist bis zum

31. Januar 1921

verlängert worden.

Dillenburg, den 29. Dezember 1920.

Finanzamt.

Bekanntmachung.

Bei den stattgehabten Wahlen von Mitgliedern zur Handelskammer Dillenburg, die am 14. Dezbr. in Biedenkopf, am 20. Dezbr. in Dillenburg, am 23. Dezember in Hachenburg stattfanden, wurden die nachstehenden Herren gewählt:

im Kreise Biedenkopf: Herr Franz Milchack, Biedenkopf
Herr Ernst Müller, Gladenbach
im Dillkreis: Herr Julius Frank, Wolfshütte-Niederscheid
Herr Dr. Otto Haas, Neuhoffnungshütte b. Sinn
Herr Carl Nährlein, Herborn
Herr Carl Schupp, Herborn
im Oberwesterw.-Kreis: Herr Lorenz De Wald, Hachenburg
4238 **Die Handelskammer.**

Kriegerverein Herborn.

Zur Einweihung der Gedenktafel der Gefallenen morgen Abend allgemeiner

Kirchgang.

Antreten bei der Fahne um 7 Uhr.

4244

Der Vorstand.

Versteuerung

der

Pacht- und Mietverträge, sowie der Automaten und Musikwerke.

A. Im Monat Januar 1921 sind zu versteuern.

1. sämtliche nach Tarifstelle 48 I des Stempelsteuer-gesetzes vom 21. Juli 1909 stempelspflichtigen Pacht- und Mietverträge (auch die nur mündlich abgeschlossenen, sowie die Pacht- und Mietverträge, insbesondere auch über die Vermietung von möblierten oder unmöblierten Zimmern, auch von Zimmern in Sanatorien, Genesungsheimen, Privatirrenanstalten, Fremdenpensionaten u. dergl.), welche im Kalenderjahre 1920 in Geltung gewesen sind;

2. die nach Tarifstelle 11 a des genannten Gesetzes steuerpflichtigen Automaten und mechanischen Musikwerke.

B. Die Versteuerung hat zu erfolgen:

zu 1. durch die dem Verpächter oder Vermieter obliegende Einreichung eines Pacht- oder Mietverzeichnisses und Einzahlung der Steuer bei den Zollstellen oder Stempelverteilern, welche auch die Formulare zu den Verzeichnissen unentgeltlich verabsolgen;

zu 2. durch Anmeldung des Automaten oder Musikwerks seitens des Eigentümers oder Ausnützers bei der zuständigen Zollstelle.

C. Nicht oder nicht rechtzeitig bewirkte Versteuerung zieht hohe Bestrafung nach sich.

Wegen des voraussetzlichen Andranges bei den Zollstellen wird die alsbaldige Versteuerung empfohlen.

4239.

Hauptzollamt Warburg.

Die Lehrstunden des

Meisterkursus

zu Dillenburg sind auf Montags von 4^{1/2} bis 9 Uhr verlegt.

Anmeldungen an die Schulleitung der gewerblichen Fortbildungsschule oder an den Hausmeister der Stadtschule, Wilhelmstr. 1.

Die Handwerkskammer Wiesbaden.

Sylvester-Abend Auswürfeln

Louis Stahl, Holzmarkt 3. 4241

Sylvester-Auswürfeln Konditorei Magnus

• Theis'sche Regelbahn. •

Sylvester Abend von 6 Uhr ab:
Auskegeln und Auswürfeln von Wurst.

wozu freundlichst einladet

4231

Heinrich Hoffmann.

Sylvester!

Auswürfeln von
Konditor-Waren
Konditorei Schulze.

Lichtspiel-**LSM** Saalbau Metzler
Theater Herborn.

Samstag, den 1. Januar, nachm. 4 Uhr und abends 8 Uhr:

„Friedr. Berters Sendung“

Ein Menschendrama in 4 Akten.

Hauptrolle: Th. Voos, Eva Speier, Carl de Bant.

„Der Schreck von Mottenburg“

Lustspiel in 2 Akten.

Sonntag, den 2. Januar, nachmittags 4 Uhr und abends 7^{1/2} Uhr:

„Nach dem Befehl“

Drama in 5 Akten. Hauptrolle Uta Nielsen.

„Adoptivbaby“

Lustspiel in 2 Akten.

Mit Salon-Orchester. 4243

Westfälisches Drahtwalzwerk sucht
tüchtige Umwalzer.

Angebote unter Nr. 4240 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Versteigerung.

Donnerstag, den 6. Januar 1921, nachmittags 2^{1/2} Uhr, versteigere ich im Auftrage des Frankfurter Lebensmittelamtes meistbietend gegen gleich bare Zahlung in

Emmerichenhain

(Station Rennerod im Westerwald)

1 einstöckiges massives

Wohnhaus

mit angebauter saß. neuer

Molkerei-Einrichtung

mit Maschinenbetrieb nebst

Stallung für 4 Pferde

1 Wagenhalle

1 Hackelmaschine

1 Waschkessel mit Feuerung

1 Partie Milchkannen pp., ferner

4 Pferde

(Mäh- und Wagenpferde)

1 Federwagen mit Verdeck

1 Schlitten

ca. 80 Ztr. Heu und 40 Ztr. Kohlen.

Besichtigung vom 1. Januar ab zu jeder Zeit bis zur Versteigerung. Vorherige Angebote können bis zum 4. Januar bei mir schriftlich eingereicht werden.

Heinr. Kohl

Auktionator und Taxator

Frankfurt a. M., Kaiserstraße 56.

21

Schöne Aussicht, Schönbach.

Neujahr!

1. Januar abends 8 Uhr

Medicato-Gastspiel.

Variété-Programm bestehend aus 12 Nummern

Rudi · Liesel · Hans
Universalkünstler.

Gesang :: Komiker :: Tanz.

4237

Größeres Ladenlokal

mit oder ohne Wohnung in bester Geschäftslage per bald oder später gesucht.

Gefl. Angebote unter Nr. 4204 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Zeitungsaussträger

für Merkenbach

zum 1. Januar gesucht.

Herborner Tageblatt.

Besseres Mädchen,

in Küche und Hauswesen erfahren, in kleinen, als Stütze ruhigen Haushalt gesucht. Dienstmädchen vorhanden. 4232 Wo? sagt die Geschäftsst.

Malaga,

Spanischer Süßwein

Osterreich. Süßwein,

Deutsche Weiss-

und Rotweine

empfiehlt 399

Fr. Bähr, Herborn,

Mühlgasse.

Drahtsiebe

in allen Maschenweiten

empfiehlt 80

Carl Gaerthe, Wehlar.

Wirtschaftliche Vereinigung

Kriegsbeschädigter u. Hinter-

bliebener (Ortsgruppe Herborn)

Am 1. Januar (Neujahr)

von nachmittags 3 Uhr an

Weihnachtsfeier

im Saalbau Heuser.

Die Feier ist nur für

Mitglieder. 4245

Der Vorstand.

Turnverein Herborn.

Heute abend 8 Uhr

Besprechung der

Theaterspieler

im Vereinslokal z. Sonne.

Der Vorstand.

Eine Köndin

zu verkaufen.

Ballersbach,

4236 Hausnummer 91.

Kleineres Geschäft

mit Haus in

Herbornod. Umgegend

zu kaufen bzw. zu mieten gef.

Näheres mit Preisangabe

unter Nr. 4234 an die

Geschäftsst. ds. Bl.

Laden

mit Wohnung zu mieten

gesucht.

Angebote unter Nr. 4235

an die Geschäftsst. ds. Bl.

Zu Neujahr!

4215 Suchergewürze

Sunoch-Gewürz.

Fam.-Rum

F.-Rum-Verwechmitt

Weinbrand-Likör

Beamtwein aller Art

J. C. Weyel

Herborn, Hauptstr. 4

Metallbetten

Stahldrahtmatrassen, Kinderbetten

Polster an Jedem, Katalog

Eisenmöbelfabrik Suhl i. Th.

Kirchliche Nachrichten.

Sylvester

Herborn:

Abds. 1/2 Uhr: Hr. Hr. Weber

Lied: 64.

Einweihung der Gedenktafel:

Hr. Dehn Prof. D. Haugen.

Mitwirkung d. Sängervereinigung

und des Liederkranzes.

Orgel: Hr. Seminarvikar

Guth.

Kollekte für den Invalidenten

Amdorf:

1^{1/2} Uhr: Hr. Hr. Conradi.

Kollekte für das Diakonissenhaus

Frankfurt.

Burg:

5 Uhr: Hr. Hr. Conradi.

Kollekte für das Diakonissenhaus

Frankfurt.

Hirschberg:

Abds. 1/2 Uhr: Hr. Jugend-

pfleger Wehger.

Herbach:

Abds. 1/2 Uhr: Hr. Jugend-

pfleger Wehger

Neujahr.

Herborn:

10 Uhr: Hr. Hr. D. Haug.

Lied: Hebr. 13, 7-9.

Lied: 68.

2 Uhr: Hr. Hr. Conradi.

Lied: 68.

Abds. 8^{1/2} Uhr: Versammlung

im Vereinshaus.

Burg:

11 Uhr: Kindergottesdienst

2 Uhr: Hr. Hr. Conradi.

An jedem Abend dieser Wo-

che um 1/2 Uhr: Gebetsver-

sammlung im Vereinshaus.